

Übersetzung aus dem Russischen

STRENG GEHEIM!

2. Ct.

Referat des Leiters der Delegation des Ministeriums des Innern  
der Volksrepublik Polen, Genossen Divisionsgeneral B. Stachura

Einige Fragen der politisch-ideologischen Diversion des Gegners gegen  
die Volksrepublik Polen

Die Ereignisse in dem Zeitraum von fast drei Jahren, die seit dem letzten Treffen in Budapest vergangen sind, zeigten, daß die dort vorgenommene Einschätzung der gegen die Staaten der sozialistischen Gemeinschaft gerichteten Diversionstätigkeit der kapitalistischen Staaten sowie die Prognosen zur Entwicklung der Situation auf diesem Gebiet ihre Bestätigung in der Praxis gefunden haben.

Die von Genossen E. Gierek auf dem VIII. Parteitag der PVAP getroffene tiefgreifende Einschätzung der internationalen Lage zeigt, daß die Welt heute auf Grund der gefährlichen Aktivitäten und der Tendenzen in der Politik der herrschenden Kreise der imperialistischen Staaten eine Zeit der Spannungen durchlebt. Das Wettrüsten nimmt zu und die Kräfte des kalten Krieges werden aktiver. In dieser Situation unterstützt und billigt unser Land die vom Generalsekretär des ZK der KPdSU, Genossen L. Breshnew, unterbreiteten wichtigen Initiativen und Vorschläge, die auf die Einstellung des Wettrüstens und die Entspannung gerichtet sind.

Auf dem VIII. Parteitag der PVAP sagte Genosse Edward Gierek:

"Im vergangenen Jahr wurde von uns gemeinsam mit unseren Bündnispartnern im Warschauer Vertrag der Vorschlag unterbreitet, eine Konferenz zur militärischen Entspannung und Abrüstung in Europa einzuberufen. Die derzeitige politische Atmosphäre darf kein Hindernis für die Durchführung einer solchen Konferenz sein. Polen ist bereit, die Teilnehmer dieser Konferenz in seiner Hauptstadt zu empfangen. Das würden wir

als Ehre für unser Land betrachten."

Das Anwachsen der Spannungen und Konflikte auf dem internationalen Schauplatz wird von den feindlichen Kräften in unserem Lande ausgenutzt, was seinen Ausdruck in ihrer wachsenden Aktivität und der Zunahme der antisozialistischen und antipolnischen Aktionen findet.

Die kapitalistische Welt, die nicht nur mit ökonomischen, sondern auch mit politischen, sozialen und moralischen Schwierigkeiten konfrontiert wird, ist, um von ihren Gebrechen abzulenken, bestrebt, die diversen Arten der politisch-ideologischen Diversion gegen die sozialistischen Staaten zu verstärken. Da sich die bisher vom Gegner angewandten Formen der subversiven Tätigkeit in letzter Zeit als wenig effektiv erwiesen haben, verstärkt der Gegner seine politischen, ökonomischen und militärisch-strategischen Expansionsversuche, ohne in seiner Aktivität bei der Diversionstätigkeit auf ideologischem Gebiet nachzulassen.

Dem Wirken der sozialistischen Staaten in der internationalen Arena, das auf die Durchsetzung der Politik der Entspannung und Zusammenarbeit zwischen den Völkern, die Rüstungsreduzierung, die Entwicklung des ökonomischen, wissenschaftlichen und kulturellen Austauschs sowie die Erhaltung des politischen Status quo in Europa gerichtet ist, setzte das kapitalistische Lager die Taktik entgegen, die Realisierung der Beschlüsse der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa auf den sogenannten "dritten Korb" zu reduzieren und die übrigen Beschlüsse dieser Beratung auszuklammern.

Diese Taktik sollte nach den Vorstellungen des Gegners zur Propagierung bürgerlicher Konzeptionen zu den sogenannten "Fragen der Freiheit und der Menschenrechte" und zu Konsumdenken führen, d.h., anhand von Beispielen des Wohlstands des Kleinbürgers sowie der höheren Schichten der kapitalistischen Gesellschaft die Überlegenheit der kapitalistischen Ordnung über die sozialistische demonstrieren.

Die Carter-Idee der Interpretierung des "Menschenrechts"problems, die ausschließlich als Element der gegen die sozialistischen Staaten gerichteten Taktik formuliert wurde, erwies sich als nutzlos. Und das konnte auch gar nicht

anders sein: hat sich doch nur der Sozialismus die Gewährleistung wirklicher Rechte und Freiheiten der Persönlichkeit als höchste strategische Aufgabe gestellt. Deshalb mußte der Versuch des Gegners, dieses Problem aufzugreifen, auch unverzüglich in Mißkredit geraten und war von Anfang an zum Scheitern verurteilt.

Gegenwärtig ist die Diversionstätigkeit des Gegners vor allem auf folgendes gerichtet:

- Spaltung der Einheit der sozialistischen Staatengemeinschaft;
- Unterminierung der führenden Rolle der kommunistischen und Arbeiterparteien;
- Schwächung der politisch-moralischen Einheit unserer Gesellschaft;
- Inspirierung der Schaffung und danach allseitige Unterstützung von antisozialistischen Gruppierungen innerhalb der sozialistischen Staaten;
- Diskreditierung der sozialistischen Ordnung vor der Weltöffentlichkeit.

Diese Zielstellung der subversiven Tätigkeit des Gegners ist sowohl für seine antisozialistische Strategie insgesamt als auch gegenüber unserem Land kennzeichnend. Sie macht und wird es natürlich auch künftig erforderlich machen, dem seitens der Staatssicherheitsorgane der VRP aktiv entgegenzuwirken.

In der seit unserer vorangegangenen Beratung verfloßenen Zeit haben die Staatssicherheitsorgane des Ministeriums des Innern der Volksrepublik Polen Anstrengungen zur weiteren Aufklärung der Richtungen der ideologischen Diversion, der Formen und Methoden der subversiven Tätigkeit des Gegners unternommen und sich bemüht, die Personen festzustellen, auf die er sich dabei stützte.

Wie die Ergebnisse der Bemühungen zeigen, ging im zurückliegenden Zeitraum eine weitere Institutionalisierung der wichtigsten ideologischen Diversionszentren im Rahmen des kapitalistischen Staates vor sich. Der Gegner gab seine Versuche auf, die Diversionsakte durch öffentliche

Einrichtungen und Organisationen abzudecken, die angeblich außerhalb des Staates und unabhängig von ihm agieren.

Ein charakteristisches Beispiel ist in diesem Zusammenhang der Sender "Free Europe", der noch bis vor kurzem eine Abhängigkeit und Verbindungen zur CIA der USA leugnete und unter dem Aushängeschild des "Komitees Free Europe" seine angebliche Selbständigkeit und Autonomie verkündete. Jetzt jedoch war er auf Grund der öffentlichen Bloßstellung gezwungen zuzugeben, daß er schon von Anfang an eine Dienststelle der CIA ist und jetzt darüber hinaus noch als offizielles Sprachrohr der Regierung der USA fungiert.

Die in den Vorbemerkungen genannten Richtungen der Diversionstätigkeit des Gegners gegen die sozialistischen Staaten sind offene Instrumente der Politik der kapitalistischen Staaten. Deshalb erfüllen die Geheimdienstorgane und ideologischen Wühlzentren des Gegners, die über die diplomatischen Vertretungen des Westens, über Journalisten sowie über Personen, die am internationalen Austausch teilnehmen, wirksam werden, Aufgaben zur Sammlung von Informationen über die politische, ökonomische und soziale Lage in der VRP, um sie dann zur Programmierung ihrer Diversionstätigkeit auszunutzen, die in folgenden Richtungen betrieben wird:

- Angriffe gegen die innere Lage in unserem Land (mit Hilfe der Sender "RFE", "BBC", "Stimme Amerikas", "Deutsche Welle") mit dem Ziel, die polnische Bevölkerung, die an der Erfüllung des Programms des VIII. Parteitages arbeitet, zu desintegrieren;
- Manipulierung der eigenen Öffentlichkeit durch die westlichen Massenmedien mittels der Verbreitung von Thesen über die Minderwertigkeit des sozialistischen Systems, seine angebliche Wirtschaftskrise, das Fehlen demokratischer Freiheiten, den Totalitarismus usw.;
- Inspirierung, Organisation, Anleitung und materielle Unterstützung feindlich eingestellter Personen und antisozialistischer Elemente in unserem Land sowie zielgerichtete Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Interesse der Bewahrung dieser Kräfte vor Repressionen;

- Bildung der unterschiedlichsten Komitees und Einrichtungen in den kapitalistischen Staaten zur Unterstützung der antisozialistischen Umtriebe in der VRP ("Nordamerikanische Polen-Forschung", "Europäische Polen-Forschung" u.a.), Ausnutzung bereits bestehender Organisationen (z.B. "Amnesty International") sowie Aktivierung der feindlichen Tätigkeit der polnischen politischen Emigranten;
- Einflußnahme auf polnische Bürger, die sich zeitweilig im Westen aufhalten, mit dem Ziel, sie in feindliche Aktivitäten hineinzuziehen und zur Beteiligung an antisozialistischen Aktionen, für Kurierdienste usw. zu gewinnen.

Die ideologischen Diversionszentren unternehmen Versuche zur Diversifizierung der einzelnen sozialistischen Staaten. Damit wird das Ziel verfolgt, günstigere Voraussetzungen für die antisozialistische Tätigkeit in diesen Ländern zu schaffen. Die Hauptrichtung der feindlichen Tätigkeit des Gegners ist stets die Untergrabung der führenden Rolle der Partei und unseres freundschaftlichen Bündnisses mit der UdSSR.

Die antikommunistischen Zentren unterstützen die antisozialistischen Gruppen finanziell und technisch. Im vergangenen Jahr konnten wir feststellen, daß vom Westen zur Stimulierung der antisozialistischen Tätigkeit in unserem Lande finanzielle Mittel, Vervielfältigungsmittel sowie feindliche Literatur, darunter auch westliche Neuauflagen von Materialien organisierter antisozialistischer Gruppierungen, in unser Land gelangt sind. Es wurden einige Kuriere, darunter der Journalist des französischen trotzkistischen Zentrums [REDACTED] (Dezember 1978) und der Schwede [REDACTED] (Februar 1980), aufgeklärt, deren Festnahme im Westen eine Welle von Angriffen gegen unser Land, u.a. auch gegen die Staatssicherheitsorgane, auslöste.

Des weiteren wurden von uns Fakten festgestellt, die vom Mißbrauch des Territoriums der VRP für Versuche der Einschleusung antikommunistische Materialien und Instruktionen in die sozialistischen Nachbarstaaten, beispielsweise durch den erwähnten Laquist in die CSSR und die UdSSR (wobei es sich um Materialien religiösen und nationalistischen Charakters

handelte), zeugen. Über all diese Fälle informierten wir die Staatssicherheitsorgane der Bruderstaaten.

Es läßt sich voraussehen, daß die antikommunistischen Zentren in diesem Jahr im Zusammenhang mit den Versuchen, die internationale Lage zu verschärfen, ihren Druck verstärken werden (Ereignisse in Afghanistan, Olympische Spiele in Moskau, Madrider Treffen). Vermutlich wird sich diese Tendenz auch in den kommenden Jahren halten.

Zweckmäßig wäre es, gemeinsam Fragen zu erörtern, die mit der Komplizierung der internationalen Lage zusammenhängen, sowie Fragen der von uns vorgesehenen Maßnahmen zur aktiven Abwehr der ideologischen Diversionsakte des Gegners gegen unsere Länder zu beraten.

Unserer Ansicht nach ist unter polnischen Bedingungen die Entlarvung der Ziele und Aufgaben der Diversionstätigkeit des Gegners gegen die VRP eine wesentliche Frage. Das ist eine der Hauptaufgaben der Partei und des Staates in unserem Lande. Hierbei müssen die Massenmedien eine wichtige Rolle spielen. Allerdings müssen sie von uns dazu vorbereitetes Material bekommen. Unsere Rolle sehen wir in diesem Zusammenhang auch in der Unterstützung der politischen, propagandistischen und administrativen Tätigkeit von Partei und Regierung durch unsere Informationen sowie durch operative Mittel. Und dieser Rolle werden wir gerecht.

Ende 76/Anfang 77 tauchten die ersten antisozialistischen Gruppierungen auf. Ausgelöst wurde ihr Entstehen natürlich durch den äußeren Einfluß, der von den antikommunistischen Zentren ausgeübt wurde.

Ein weiterer Nebenfaktor für die Möglichkeit der Existenz dieser Gruppen in unserem Land sind auch die bis heute bestehenden Überreste feindlicher Klassengruppierungen, deren Mitglieder ihre ideologischen Waffen nicht strecken wollen und nach wie vor auf feindlichen Positionen stehen. Diese Elemente gehören den verschiedenen liberal-bürgerlichen, nationalistischen, kleinbürgerlichen, fideistischen und revisionistischen Strömungen an. Sie alle vereint ihr Haß gegenüber dem Sozialismus, der führenden Rolle unserer Partei sowie gegenüber dem Freundschaftsbund mit der UdSSR. Das sind keine neuen Leute, die in den letzten Jahren auf-

getaucht sind. Fast 70% der Mitglieder dieser antisozialistischen Gruppen sind schon seit langem operativ erfaßt, werden bearbeitet oder wurden seinerzeit wegen antisozialistischer Tätigkeit verfolgt.

Die Tätigkeit der antisozialistischen Gruppen wurde vom Gegner als ständiger Faktor der bestehenden Realität, als Möglichkeit zur Erlangung eines umfassenden Einflusses und zur Herstellung fester Beziehungen zu feindlichen Zentren der imperialistischen Staaten sowie zur Ausnutzung möglicher Konfliktsituationen in unserem Land zur Stärkung seiner Positionen und zur Schwächung des Sozialismus betrachtet.

Es muß zugegeben werden, daß es ihm in den Jahren 1977 - 1978 gelang, in dieser Richtung bestimmte quantitative und qualitative Wirkungen zu erreichen. Doch die in dieser Zeit durchgeführten politischen, administrativen, operativen und Repressivmaßnahmen haben ihre weitere Entfaltung ganz offensichtlich aufgehalten und viele Provokationen vereitelt (z.B. Krakow 1977 während der Studentenfestspiele (Juvenalien) - man hatte Unruhen unter der studentischen Jugend inszeniert). Seit Mitte 1978 ist eine allmähliche Einschränkung der Tätigkeit und eine Verringerung dieser Gruppen festzustellen. Das wichtigste politische Moment war in diesem Zusammenhang der Zusammenschluß der Bevölkerung um das Programm der Partei in der sehr schwierigen ökonomischen Situation des Landes. Die subversive Diversionstätigkeit wurde entlarvt und unterbunden. Es wurden umfassende prophylaktische Maßnahmen eingeleitet. Die besondere politische Sorge galt den Kreisen, die der antisozialistischen Beeinflussung und der Diversionstätigkeit am meisten unterworfen waren. Die administrativen Machtorgane erhöhten ihre Forderungen im Bereich der Anwendung und Einhaltung der geltenden Rechtsnormen. Die operative Arbeit wurde auf die tiefgründige Aufklärung der Lage und der Erscheinungen, auf die Beschränkung und Liquidierung der feindlichen Gruppen gerichtet.

Im Ergebnis der eingeleiteten operativen und politischen Maßnahmen ist jetzt in Polen ein Sinken der Aktivität der zahlenmäßig kleinen Gruppen bei ansteigender Tendenz zur Verringerung ihrer Mitgliederstärke festzustellen.

Ausländische Zentren sind daran interessiert, die These zu nähren, daß es im Lande eine breite Opposition gibt. Aus diesem Grund werden von ihnen nicht selten fiktive Organisationen als Realität ausgegeben. Gegenwärtig haben wir es mit 26 Gruppen zu tun, die meist untereinander zerstritten sind und deren Reihen sich im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren immer mehr lichten. Die Zahl der verschiedenen Organisationen (die zwischen 2 und einigen Dutzend Mitgliedern zählen, die nicht selten 6 - 10 Gruppen gleichzeitig angehören) wird im Westen als eine angeblich umfassende Opposition dargestellt.

Die Anführer dieser Gruppen sind vor allem bestrebt, in Studenten- und Arbeiterkreisen eine Basis und eine Plattform für ihre Aktivitäten zu finden. Doch dank den von uns getroffenen Maßnahmen gelingt ihnen das nur wenig.

Gegenwärtig gibt es die sogenannten "Studentischen Solidaritätskomitees" nur in den Städten Krakow und Wroclaw, und auch das in verschwindendem Stadium. Auch die Initiative zur Organisierung illegaler "Studententreffen" mit der studentischen Jugend erfuhr keine weitere Entwicklung.

Diese Aktivitäten wurden praktisch im Keim erstickt, was dem gemeinsamen Vorgehen der Jugendorganisationen und unserer Organe zu verdanken war. Hier arbeiteten wir eine richtige Form der Bekämpfung dieser Umtriebe aus - wir bahnten ein Zusammenwirken mit dem in der politischen Konfrontation mit dem Gegner gestählten Aktiv der Jugendorganisationen an.

In die Tätigkeit der sogenannten "Gesellschaft für wissenschaftliche Kurse" (SNK) wurden 90 Personen, darunter einige Professoren, die sich in ihrer Mehrzahl bereits im Ruhestand befanden, einbezogen. Bis jetzt haben die meisten derjenigen, die die sogenannte "Deklaration" der SNK unterzeichnet haben, außer diesen Unterschriften keine anderen feindlichen Aktivitäten an den Tag gelegt. Sie alle befinden sich jedoch unter unserer operativen Kontrolle. Ihre Tätigkeit wurde vom Präsidium der Polnischen Akademie der Wissenschaften sowie einer Reihe in unserem Lande sowie über unsere Ländergrenzen hinaus bekannter Wissenschaftler, darunter auch Parteilose, verurteilt.

Abgesehen von den Kreisen der Jugendlichen stellten wir bestimmte Versuche und Fakten fest, die von einem Wirken antisozialistischer Elementen in unserem Land mit der Zielstellung zeugen, feindlichen Einfluß in operativ



abgesicherten Objekten auszuüben, und zwar vor allem auf Kreise der Arbeiterklasse. Diesem Zweck dienten u.a. die ständig unternommenen Versuche zur Schaffung sogenannter "freier Gewerkschaften" in den größten Industriezentren sowie eine großangelegte Aktion in den Kollektiven von Industriebetrieben zur Sammlung von Unterschriften für die sogenannte "Charta der Rechte der Arbeiter", die ihrem Inhalt nach einen aufwieglerischen Charakter hatte. Nach den Vorstellungen ihrer Initiatoren sollte die Unterschriftensammlung für die "Charta" zwei Hauptaufgaben erfüllen: erstens - Unzufriedenheit und Unruhe unter der Bevölkerung hervorzurufen und zweitens - aus den Personen, die die "Charta" unterzeichneten, die kadermäßige Grundlage für die Bildung eines umfassenden Netzes "freier Gewerkschaften" zu schaffen. Die Gegenmaßnahmen unserer Organe führten dazu, daß die Initiatoren dieser Aktion keines der gewünschten Ziele erreichten.

Es sind auch Versuche festzustellen, die antisozialistische Tätigkeit auf dem Lande zu verstärken. Um Popularität unter der Landbevölkerung zu erlangen, jagen die antisozialistischen Gruppen jedweder Information über örtliche Konflikte zwischen der Dorfbevölkerung und den örtlichen Verwaltungs- und Machtorganen, über Tendenzen der Unzufriedenheit unter der Dorfbevölkerung nach, die auf dem Hintergrund verschiedener administrativer Beschlüsse entstehen. Doch auch in dieser Richtung konnten die antisozialistischen Elemente keine wesentlichen Ergebnisse erzielen.

Dabei muß betont werden, daß sich, während in den Kreisen der Jugendlichen, in Arbeiter- und Bauernkreisen die feindliche Tätigkeit der antisozialistischen Gruppen nicht die vom Gegner angestrebten Ergebnisse gezeitigt hat, das Bild hinsichtlich der negativen Positionen eines Teils der Intelligenz - Wissenschaftler, Intellektualisten, Literaten - doch etwas anders darstellt. Hier gibt es noch kritische Äußerungen, hier werden fremde Ansichten bezüglich der Rechte und Freiheiten der Bürger kolportiert, die von der bürgerlichen Propaganda ausgestreut wurden. Von diesen Positionen aus werden die Politik des Staates im kulturellen Bereich und die Tätigkeit der Zensur kritisiert. Ein Ergebnis dessen war, daß einige

Wissenschaftler, Journalisten und Literaten Verbindung zur Tätigkeit der sozialismusfeindlichen Elemente bekamen.

Neben den offen feindlichen Elementen, die schon seit vielen Jahren, nicht selten schon seit Bestehen Volkspolens, aktiv sind, stellen wir in der gesellschaftlichen Basis der antisozialistischen Gruppen in immer geringerem Maße einflußreiche Leute fest. Dagegen ist ein Zustrom von Personen festzustellen, die abseits des öffentlichen Lebens stehen, politisch ehrgeizig sind oder sich als im Leben erfolglos betrachten. Die Tätigkeit der antisozialistischen Gruppen ist unter der polnischen Bevölkerung nicht allzu bekannt. Sie wird nicht unterstützt und nicht gebilligt.

Formen der Tätigkeit der organisierten antisozialistischen Gruppen sind vor allem:

- im Auftrag von Diversionszentren Durchführung von Aktionen und Initiativen die dann in der westlichen Propaganda ausgenutzt werden;
- Propagierung der eigenen Existenz mittels eigener Publikationen und ihrer Verbreitung;
- Durchführung von Aktionen mit dem Ziel, ihre Teilnahme am gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes zu betonen, durch die Verkündung von Losungen, die eine gewisse allgemeine und nationale Resonanz finden, darunter die Organisation demonstrativer Feierlichkeiten anlässlich der verschiedensten historischen Jahrestage;
- Versuch der Anbahnung von Kontakten zu ähnlich gelagerten Gruppen in den anderen sozialistischen Staaten - in der CSSR, der UVR und der UdSSR (dank der guten Zusammenarbeit unserer Organe können wir diese Versuche relativ erfolgreich bekämpfen).

Es werden auch Versuche unternommen, die Staatsmacht unter Druck zu setzen, beispielsweise durch Hungerstreiks, die jedoch kein Interesse in der Öffentlichkeit finden.

Unsere Maßnahmen sind gerichtet auf

- die Desintegration und Spaltung der feindlichen Gruppen;
- die Isolierung der einzelnen Gruppen durch ihre Neutralisierung, ihre Diskreditierung und die Vornahme von Verhaftungen wegen gesellschaftsfeindlicher Tätigkeit;
- die Einschränkung des Aktionsradius' der feindlichen Elemente, die Feststellung und Kontrolle ihrer Kanäle zu den westlichen Diversionen-zentralen;
- die Beschränkung und Verhinderung der Verbreitung feindlicher Schriften;
- die Erweiterung der prophylaktischen Tätigkeit, besonders unter den Jugendlichen.

Im Ergebnis der von uns eingeleiteten Maßnahmen konnten wir 1979 starke Zerfallsprozesse in den antisozialistischen Gruppen auslösen. Wir brachten einen Teil ihrer Mitglieder von der feindlichen Tätigkeit ab, verhinderten verschiedentlich illegale Zusammenkünfte, führten Durchsuchungen bei Personen durch, die eine feindliche Tätigkeit betreiben bzw. damit zu tun haben, nahmen vorübergehend Personen fest. Auf unsere Initiative wurden administrative Strafen auferlegt und Verhaftungen vorgenommen. Vervielfältigungsapparate wurden beschlagnahmt sowie eine Reihe anderer für die Druckerei benötigter Mittel. Da wir die erwähnten Methoden der Bekämpfung für effektiv halten, haben wir keine Verfahrensweisen angewandt, die aus dem Strafgesetzbuch resultieren.

In der Zeit vor dem Parteitag sowie während des VIII. Parteitages der PVAP haben die antisozialistischen Elemente keine feindlichen Initiativen ergriffen, da sie Repressivmaßnahmen befürchteten. Einen Einfluß übte darauf auch die zu dieser Zeit besonders intensive operative und prophylaktische Tätigkeit der Staatssicherheitsorgane aus, die auf die Gewährleistung der öffentlichen Ordnung gerichtet war.

Die neuen Aspekte in der internationalen Lage, die potentielle Gefahr seitens des Westens konsolidieren die Gesellschaft um das Parteiprogramm, das auf dem VIII. Parteitag der PVAP beschlossen wurde. Diese Erscheinung

sowie das Anwachsen der politischen Aktivität der Partei in der Gesellschaft begleitet von einer effektiveren operativen Arbeit eröffnen objektive Chancen für die weitere Eindämmung der antisozialistischen Tätigkeit in unserem Land.

Um die Situation noch umfassender zu charakterisieren, muß auch noch auf einige andere Aspekte unserer Tätigkeit eingegangen werden.

Die Chinesen halten bis zum heutigen Tage den Renegaten Mijal aus, der sich bei ihnen befindet und allein die sogenannte Kommunistische Partei Polens vertritt. Die Versuche chinesischer Diplomaten, Kontakt zu polnischen Bürgern aufzunehmen, bleiben ergebnislos. Dieser Bereich befindet sich voll unter unserer operativen Kontrolle.

In letzter Zeit wurden auf dem Territorium der VRP keine Erscheinungen terroristischer Art festgestellt. Das im vergangenen Jahr in Prag abgehaltene Symposium zur Frage der Terrorismusbekämpfung gab uns die Möglichkeit, uns noch besser mit diesem Thema vertraut zu machen und die erforderlichen operativen, organisatorischen und prophylaktischen Maßnahmen für den Fall möglicher Versuche von Terrorakten vorzubereiten. Bisher planen die antisozialistischen Gruppen keine derartigen Aktivitäten.

Wir sind einem gewissen Druck seitens nationalistischer Zentralen und der sogenannten Landsmannschaften in der BRD ausgesetzt, die die Frage der Existenz einer deutschen Minderheit in Polen, die an einer Auswanderung in die BRD interessiert ist, künstlich aufbauschen wollen. Die Analyse zeigt, daß in den Fällen, da sich polnische Bürger um eine Auswanderung bemühen, ihrer Entscheidung materielle Fragen zugrunde liegen, während Verbindungen ihrerseits zur deutschen Nationalität häufig keine Bestätigung finden.

In Kreisen der nationalen Minderheiten (die in unserem Land ca. 1,5% der Bevölkerung ausmachen) ist mit keinen größeren Gefahren zu rechnen, ausgenommen die Versuche ukrainischer nationalistischer Zentren, das Territorium der VRP und die hier lebende Bevölkerung ukrainischer Herkunft zur Schaffung ihres Aufmarschgebietes und als Transmissionsriemen gegen die Ukrainische Sowjetrepublik auszunutzen. Es scheint, daß wir diese Frage in Zusammenarbeit mit den sowjetischen Genossen immer besser unter

unsere operative Kontrolle bekommen.

In den letzten Jahren konnten wir seitens traditionell feindlicher Personenkategorien (z.B. rechtsgerichtete bäuerliche Kreise, ehemalige Angehörige des feindlichen Untergrunds) Versuche feststellen, ihre Tätigkeit zu aktivieren. Doch auf Grund ethnografischer Erwägungen und infolge der recht guten operativen Absicherung stellen diese Kreise keine große Gefahr dar.

In den letzten Jahren ist ein Rückgang der sogenannten extremistischen Aktivitäten festzustellen (anonyme Briefe und Schriften, Aufschriften und Flugblätter), wobei derartige Aktivitäten seitens der antisozialistischen Gruppen hierbei nicht mit berücksichtigt wurden.

Die Sphäre der Religion wird ständig von uns feindlich gesinnten Kräften und Zentren für Angriffe gegen den Kommunismus und die sozialistische Staatengemeinschaft mißbraucht. Auf dieser Grundlage gibt es immer wieder neue Versuche, separatistische Tendenzen in unserer Gesellschaft auszulösen und bestimmte gesellschaftliche Gruppen in einen Gegensatz zum sozialistischen Staat und unseren Parteien zu bringen. Wir registrieren auch negative politische und ideologische Bestrebungen von Vertretern der Kirche in den Kreisen der Gläubigen der verschiedenen Konfessionen. Daraus resultiert die Notwendigkeit, auf dieser Linie eine aktive operative Arbeit zu leisten und eng mit den Staatssicherheitsorganen der sozialistischen Staaten zusammenzuarbeiten.

In der Tätigkeit der Staatssicherheitsorgane der VRP auf der Linie Religion sind die römisch-katholische Kirche und ihr Wirken eine besondere Frage. Das ergibt sich aus der Position, die sie in der Struktur der Religionsausübung in unserer Gesellschaft innehat. Als dominierende Vereinigung auf dem Gebiet der Religionsausübung in Polen, die sich auf ihre historisch entstandene Position in der Gesellschaft stützt, ist die römisch-katholische Kirche Trägerin einer Doktrin, die dem Kommunismus entgegengesetzt ist, d.h. im Widerspruch zu den ideologischen Prinzipien unseres Staates und unserer Partei steht.

Die Wahl eines polnischen Kardinals zum Oberhaupt der römisch-katholischen Kirche läßt dieses Problem unter einem neuen Aspekt hervortreten.

Zweifellos spiegelt das die Tendenz zum Universalismus der Macht in der römisch-katholischen Kirche, das wachsende Interesse des Vatikan an der Ostproblematik sowie am Problem der Kirche in den sozialistischen Staaten wider. Indem der Vatikan in unterschiedlicher Form Kontakte zu den sozialistischen Staaten sucht, ist er bestrebt, die Bedingungen und Möglichkeiten für das Wirken der Kirche in unseren Ländern zu erhalten und sogar zu verbessern. Diese Linie haben die Vorgänger des jetzigen Papstes abgesteckt und gleichfalls realisiert.

Die Situation in der Welt und in der römisch-katholischen Kirche sowie die Autorität der sozialistischen Gemeinschaft zwingen Johannes Paul II., sich an die Linie seiner Vorgänger zu halten und sich für Offenheit und Aktivität der Ostpolitik des Vatikan auszusprechen. In politischer Hinsicht tritt er als Anhänger der Erhaltung des Friedens in der Welt auf. In seinen offiziellen Erklärungen wendet er sich gegen das Wettrüsten und die Verschärfung der internationalen Lage. Gleichzeitig werden von ihm Orientierungen und Interessen in der Tätigkeit der peripheren Kirche zum Ausdruck gebracht.

Johannes Paul II. bemüht sich in seiner Tätigkeit und in den päpstlichen Dokumenten mittels gesellschaftlich relevanter Losungen, eine breitere, Mitwirkung der römisch-katholischen Kirche an dem breitgefächerten Spektrum aktueller gesellschaftlicher Probleme der Gegenwart zu erreichen. Er hat ebenfalls das Problem der Freiheit und der Menschenrechte aufgegriffen, das, wenn es in der ihm gegebenen Ausdeutung auf die sozialistischen Staaten angewandt wird, in gewisser Hinsicht an die Losungen und Thesen der Diversionen im Westen erinnert. Dieser Aspekt in der Tätigkeit des Papstes fand seine Bestätigung in der Enzyklika "Redemptor Hominis" und in seinen bei öffentlichen Audienzen abgegebenen Erklärungen sowie in seinen Reden während der Besuche in Lateinamerika, Polen, Irland, den USA und der Türkei.

Papst Johannes Paul II. ist mehr als seine Vorgänger bestrebt, die Position der Kirche in den sozialistischen Staaten zu stärken. Sein Wirken richtet sich auf

die Aktivierung der religiösen Massen und der Kirche, womit das Ziel verfolgt wird, sie als Druckmittel gegen die Staatsorgane unserer Länder auszunutzen. Aktiv tritt er mit Initiativen hervor, die darauf abzielen, die Position der römisch-katholischen Kirche in der ökumenischen Bewegung der Kirchen und christlichen Religionen zu stärken. Dabei werden die antikommunistischen Grundlagen der ökumenischen Bewegung in den Vordergrund gestellt.

Die Wahl von Johannes Paul II. zum Papst führte für unsere innere Situation zu einer Reihe relativ schwieriger Probleme. Nicht nur die Diversionen des Westens, sondern auch die organisierten antisozialistischen Gruppen in unserem Land hofften und hoffen, daß dieser Tatbestand die unterminierende und subversive Arbeit gegen unsere Gesellschaft, die in einem erheblichen Maße mit der römisch-katholischen Kirche und ihrer Religion verbunden ist, begünstigen würde. Besondere Hoffnungen wurden in diesem Zusammenhang an den Besuch des Papstes in Polen geknüpft. Der Verlauf dieses Besuchs - in einer ruhigen und angemessenen Atmosphäre, was das Ergebnis der Positionen, Beschlüsse und Maßnahmen der Partei, der Staatsorgane und der Staatssicherheitsorgane war - machte die Versuche, daraus in der westlichen Propaganda gegen die VRP und den Kommunismus Kapital zu schlagen, zunichte und verhinderte politische Aktionen antisozialistischer Gruppen gegen die Organe der Staatsmacht bzw. mit dem Ziel der Erzeugung von Unruhen während der Treffen des Papstes mit den Gläubigen.

Die internationale Lage, die gegenwärtigen Tendenzen in der polnischen Kirche und die Autorität der sozialistischen Staaten veranlaßten den Papst während eines Treffens in Warschau in Anwesenheit des I. Sekretärs der ZK der PVAP, Gen. Edward Gierek, von Mitgliedern der politischen Führung unseres Staates sowie Vertretern des Episkopats, unsere Vorschläge zum Kampf für den Frieden in der Welt, um Abrüstung und die Einstellung der Produktion der Neutronenwaffe zu unterstützen.

Seine Reden sowie seine Reaktion während des Besuchs in Oswiecim (Auschwitz) spiegelten Dankbarkeit gegenüber der Sowjetunion für die Zerschlagung des

Faschismus wider. Darüber hinaus war aus allem in gewisser Hinsicht der Akzent zu erkennen, daß der Papst die Ansicht unterstützt, daß die faschistischen Verbrechen nicht verjähren dürfen.

Die Politik von Partei und Regierung auf dem Gebiet der Religionsausübung, der Besuch des Papstes, die Kontakte zwischen Polen und dem Vatikan und die unmittelbaren Gespräche von Vertretern der Parteiführung mit Amtsträgern der Leitung des Episkopats sowie von Vertretern der örtlichen Machtorgane mit den Bischöfen der Diözesen führten zu einigen positiven Veränderungen in der politischen Position der Führung der polnischen Kirche.

Das aktive Herangehen an die Problematik des Verhältnisses Staat - Kirche hatte Einfluß auf die politische Neutralisierung der Hierarchie und bewirkte eine stärkere Loyalität des Klerus. (Der Klerus aller Ebenen nimmt zu 95% an den Wahlen zum Sejm und zu den Volksräten teil.) Das, was die Geistlichen von der Kanzel predigen, hat in der Regel religiösen Charakter und enthält keine staatsfeindlichen Äußerungen.

Die Hierarchie vertritt die Ansicht, die Kirche dürfe durch ihr Wirken nicht noch zu einer Verschärfung der inneren Situation beitragen und eine Eskalierung von Tendenzen der Unzufriedenheit in der Gesellschaft auslösen. Das Interesse der Hierarchie an Kontakten zu den Staatsorganen ist gestiegen. Sie spricht sich auch für eine Normalisierung der Beziehungen zwischen Staat und Kirche aus.

Wir sind uns darüber im klaren, daß Kardinal Wysinski und die Bischöfe mit der erwähnten politischen Linie und dieser Taktik des Verhaltens in erster Linie maximale Vorteile für die Kirche erreichen wollen. Gleichzeitig ist die Distanz zwischen Kirche und antisozialistischen Gruppen größer geworden. Dadurch, daß die Kirchenleitung die Aufrechterhaltung von Kontakten zu den politischen Organen der VRP zu einem Grundprinzip erklärt hat, wurde die Basis erheblich eingeschränkt, auf der sich die Geistlichen mit antisozialistischen Gruppen verbünden können. Unter dem Einfluß der politischen Position der Staatsorgane ließ die Kirchenführung keine antisozialistischen Elemente zu den Treffen mit dem Papst, worauf diese Kräfte stark gehofft hatten.



Gegenüber den letzten provokatorischen Aktionen, bei denen es sich um "Hungerstreiks" von Vertretern antisozialistischer Gruppen in kirchlichen Objekten handelte, brachte die Leitung des Episkopats öffentlich ihre Mißbilligung zum Ausdruck.

Auch insgesamt gesehen verhält sich der Klerus ablehnend gegenüber den provokatorischen Aktionen antisozialistischer Gruppen, wobei darauf verwiesen wird, daß derartige Handlungen dem Prestige und den Interessen der Kirche unnötig Schaden zufügen.

Die Kirchenführung empfiehlt den Geistlichen, die mit der Jugend arbeiten, sich in ihrer seelsorgerischen Tätigkeit zu beschränken und gegen Versuche aufzutreten, die darauf hinauslaufen, daß antisozialistische Gruppen Kirchenobjekte für staatsfeindliche politische Aktionen mißbrauchen.

Neben einer gewissen Mäßigung des politischen Tonfalls, die im Verhalten der Hierarchie zu beobachten ist, ist eine erhöhte Aktivität der ideologischen Einflußnahme der katholischen Kirche auf die Gesellschaft festzustellen. Die Hierarchie nutzt die Wahl von Kardinal Wojtyla zum Papst von Rom sowie seinen Besuch in unserem Land aus, um religiösen Fanatismus zu schüren und die Gläubigen stärker zu Handlungen im Sinne der Kirche und zu einer kühneren Zurschaustellung ihrer Verbindungen zur Kirche heranzuziehen. Dieses Vorgehen richtet sich besonders stark an die Jugend und die Intelligenz.

Die Bischöfe greifen in ihren Reden auch den Atheismus und eine von der Kirche unabhängige Erziehung der Jugend an. Sie werfen den Organen der Staatsmacht und den Jugendorganisationen vor, das Recht zu usurpieren, die Weltanschauung der jungen Generation in Polen zu formen, wodurch die historisch entstandenen moralischen Normen und die Nationalkultur angeblich gefährdet werden. Den Wert einer christlichen Erziehung betonend, stellen sie gleichzeitig die kulturell-schöpferische Rolle der Kirche heraus wie auch ihre Verdienste bei der Festigung der Familie und der Schaffung der moralischen Grundlagen der Einheit des polnischen Volkes. In diesem Zusammenhang sind die Briefe der Bischöfe überaus bezeichnend.

In diesen Briefen wirft die Hierarchie den Organen der Staatsmacht vor, daß sie aus ideologischen Gründen die Verpflichtungen, die sich aus der unterzeichneten Deklaration über "den Schutz der Rechte des Kindes" ergeben, unzureichend erfüllen, nicht das Recht der Jugend auf eine christliche Erziehung garantieren, die religiösen Quellen der Nationalkultur verschweigen und sich des ideologischen, politischen und kulturellen Drucks auf die Jugend bedienen, indem sie im Rundfunk und im Fernsehen nur weltliche, antireligiöse Lebensauffassungen propagieren.

In dem Bestreben, ihren Einfluß auf die Jugend und die Intelligenz zu verstärken, versucht die Hierarchie, die verschiedenen Formen der seelsorgerischen Tätigkeit zu intensivieren. Besonders aktiv ist sie im Hinblick auf die religiöse Einflußnahme auf die studentische Jugend und bestimmte Gruppen von Jugendlichen an den Oberschulen. Beachtenswert ist auch die Tatsache, daß sich der Einfluß der Kirche auf die Lehrer, Künstlerkreise und andere Kreise der Intelligenz verstärkt, die in ihrer beruflichen Tätigkeit an der Entwicklung des gesellschaftlichen Bewußtseins der Menschen mitwirken.

Negativ ist in diesem Zusammenhang, daß sich diese Ausrichtung der Tätigkeit der Kirche in einem periodischen Anwachsen der Beteiligung der Jugend an religiösen Massenveranstaltungen widerspiegelt sowie darin, daß ein Teil von ihnen seine katholischen Ansichten und ein dementsprechendes Verhalten ohne weiteres zur Schau stellt. Wir hatten es auch mit unterschiedlichen Formen von Gesetzesverletzungen und Verstößen gegen Beschlüsse der Behörden bei der Organisation verschiedener Formen religiöser Betätigung zu tun.

Die erwähnten Erscheinungen trugen dazu bei, daß sich unter einigen Bischöfen die Überzeugung herausbildete, in Polen wachse die Stärke der Kirche und ihr Einfluß auf die Gesellschaft. Davon ausgehend unternahmen reaktionäre Bischöfe und Geistliche sowie rechtsgerichtete religiöse Amtsträger Handlungen, die durch eine hohe politische Schädlichkeit gekennzeichnet sind. So verkündeten beispielsweise einige Bischöfe, die für ihre reaktionären Ansichten bekannt sind, in ihren öffentlichen Reden anläßlich des 40. Jahrestages des Ausbruchs des 2. Weltkrieges und zu anderen historischen Ereignissen Thesen,

die in gewissem Maße die Grundlagen unserer Gesellschaftsordnung und die Politik unseres Staates antasteten. Darüber hinaus erhoben sie Forderungen, die darauf abzielten, der Kirche die Massenmedien zur Verfügung zu stellen und die Repräsentanz der Katholiken im gesellschaftlichen und politischen Leben des Landes zu verstärken. Trotz der im großen und ganzen positiven Tendenzen im politischen Bereich, von denen schon vorstehend die Rede war, nähern die in der Praxis von der Kirchenhierarchie verfolgten Tätigkeitsrichtungen - ideologische Konfrontation mit dem Marxismus und dem sozialistischen Staat, kritische Bewertung der Sozial- und Wirtschaftspolitik des Staates usw. - die Kirche in Polen in gewissem Maße bestimmten Richtungen der Tätigkeit der Diversionszentralen im Westen und der antisozialistischen Elemente innerhalb unseres Landes an. Besonders betrifft das die von der Kirche aufbrachten, der Diversionspropaganda nahestehenden Thesen zur Arbeiterfrage, zur Souveränität des Staates, zur Entfaltung der Demokratie zu den sogenannten bürgerlichen Freiheiten, zur Situation und zu den Rechten des Individuums im sozialistischen System sowie zu anderen Problemen. Die Diversionszentralen - der Sender "Free Europe", die Pariser Zeitschrift "Kultur", revisionistische westdeutsche und andere bürgerliche Propagandaorgane -, die sich die erwähnten Betätigungsfelder der Kirche zunutze machen, stellen sie als die einzige oppositionelle Kraft in unserer Gesellschaft gegenüber dem Kommunismus und dem sozialistischen Staat dar.

In unserem Land gibt es auch viele Kirchen und Religionen, die keine römisch-katholische Ausrichtung haben. Doch auf Grund der geringen Anzahl von Gläubigen üben sie keinen wesentlichen Einfluß auf das gesellschaftliche und politische Leben in unserem Land aus.

Dessen ungeachtet bedienen wir uns ihrer aktiv als Faktor zur Abschwächung des Einflusses der römisch-katholischen Kirche auf die Gesellschaft sowie zur Hervorhebung der loyalen Einstellung des katholischen Klerus. Unter anderem nutzen wir in dieser Richtung unsere Möglichkeiten zur Einflußnahme auf den Polnischen Ökumenischen Rat und das Warschauer Forum der Christen.

Es ist jedoch festzustellen, daß auch die anderen Konfessionen dem Druck antikommunistischer Kräfte des Westens ausgesetzt sind. Ihre Zentren

versuchen, in unser Land einzudringen. Sie schaffen sich Kanäle zur Einschleusung feindlicher Literatur nach Polen sowie über Polen in die UdSSR und die anderen sozialistischen Staaten. Zu diesem Zweck bemühen sie sich, einen Teil der Aktivisten anderer Konfessionen in Polen heranzuziehen, wobei sie sogar zu den verschiedensten Formen der Bestechung religiöser Vertreter greifen.

Unter Ausnutzung der römisch-katholischen, protestantischen und griechisch-katholischen Glaubensrichtung versuchen die Diversionzentralen, nationalistische Tendenzen zu schüren und auf dieser Grundlage antipolnische und antisowjetische Stimmungen anzuheizen.

Im Zusammenhang mit den neuen Erscheinungen in der religiösen Situation und in der Tätigkeit der römisch-katholischen Kirche müssen wir nach neuen Plattformen, Konzeptionen und Formen der operativen Arbeit suchen, um einen wirksameren Einfluß auf die Stärkung der für uns günstigen politischen Positionen des Klerus auszuüben und die Möglichkeiten für einen Kontakt zwischen der Kirche und antisozialistischen Gruppen einzuengen.

In unserem Vorgehen lassen wir uns von den Weisungen des VIII. Parteitages der PVAP leiten, von denen die Resolution und der Bericht des Politbüros die programmatische Grundlage für die weitere Tätigkeit unserer Partei sind. Entsprechend den Beschlüssen des VIII. Parteitages muß eines der wichtigsten Ziele der sozialistischen Entwicklung unseres Landes in den 80er Jahren die Vertiefung der politisch-moralischen Einheit unseres Volkes sein. Das bedeutet eine Konsolidierung der Gesellschaft um die Ideale des Sozialismus, die volle Billigung der führenden Rolle der Arbeiterklasse und der führenden Rolle der Partei. Das muß zu einer weiteren Liquidierung der in letzter Zeit festzustellende Erscheinungsformen des Klassenkampfes in unserer Gesellschaft, zu einer Begrenzung und zur Beseitigung der gesellschaftlichen Gruppen, die an der Verbreitung der bürgerlichen Ideologie des Nationalismus, Klerikalismus und Revisionismus beteiligt sind, sowie zur Verringerung der gesellschaftlichen Tragweite der von den antikommunistischen Zentren durchgeführten Aktionen mit feindlicher Ausrichtung führen.

Unsere Linie bei der Bekämpfung der staatsfeindlichen Diversionstätigkeit ist eine Politik der Isolierung des Gegners durch seine Diskreditierung

eine Politik der Vervollkommnung und Entwicklung der verschiedenen Formen und Methoden unserer Arbeit und der Verstärkung der admini-<sup>x)</sup>strativen und rechtlichen Charakters sowie eine tiefgründige operative Arbeit, die auf die Zerrüttung und Zerschlagung der feindlichen Gruppen gerichtet ist. Wir wenden keine strafrechtlichen Maßnahmen an, weil wir die bis jetzt angewandten Methoden als optimal betrachten. Die bisherigen Erfahrungen bestätigen die Richtigkeit dieser Entscheidung.

Parallel zu den Maßnahmen, die zur Verstärkung der Loyalität des Klerus getroffen werden, halten wir es auch für erforderlich, schädlichen Tendenzen, die sich unter der polnischen Hierarchie zeigen und darauf abzielen, auf die Hierarchie in den anderen sozialistischen Staaten zwecks Stärkung der Position der Kirche in den Staaten der sozialistischen Gemeinschaft einzuwirken, Einhalt zu gebieten. Das ist um so wichtiger, als in dieser Richtung gewisse Impulse vom Vatikan ausgehen. Diese Tendenzen fügen sich in das Gesamtkonzept des Vatikan ein, das auf die Stärkung aller Kirchen und Glaubensrichtungen in den sozialistischen Staaten abzielt.

Wir werden auch das Studium der inneren Prozesse in der römisch-katholischer Kirche und in den anderen Glaubensrichtungen aktivieren, die Aktivität der politisch gefährlichsten Vertreter der Hierarchie, der Geistlichen und rechtsgerichteten katholischen Amtsträger - besonders hinsichtlich ihrer Einflußnahme auf die Jugend - einschränken und sie isolieren sowie jeglichen Absichten und Vorbereitungen zur Ausnutzung der kirchlichen Basis für die antisozialistische Tätigkeit zuvorkommen.

Die zunehmende Aktivität der imperialistischen Diversionen in der zweiten Hälfte des zu Ende gehenden Jahrzehnts hat uns nicht überrascht. In diesem Zusammenhang messen wir den Beratungen zu dieser Frage große Bedeutung bei (Havanna 1974, Warschau zu Kirchenfragen - 1975, Budapest 1977). Nach diesen Treffen wurden von uns eine Reihe von Maßnahmen eingeleitet, die in erheblichem Maße zur effektiven Abwehr äußerer und innerer Angriffe beigetragen haben. Wir sprechen uns dafür aus, derartige periodisch Treffen fortzusetzen.

<sup>x)</sup> Maßnahmen

Die Aufklärung der ideologischen Diversionszentralen und ihrer Wirkungsmechanismen sowie der Richtungen und der Methoden ihrer Einflußnahme muß auch künftig eine Hauptaufgabe der Staatssicherheitsorgane sein. Diese Aufklärung sollte sowohl der operativen Einschränkung und der Unterbindung feindlicher Aktivitäten als auch politischen und ideologischen Zielen dienen. Wir erachten es für unerläßlich, den Informationsaustausch über diese Frage zwischen unseren Organen zu intensivieren.

Die jetzt vorliegenden guten Erfahrungen hinsichtlich des gemeinsamen Vorgehens und des Zusammenwirkens, das bei konkreten Fragen der Abwehrarbeit mit den befreundeten Organen, deren Vertreter am heutigen Treffen teilnehmen, praktiziert wird, zeigen, daß die gemeinsamen Maßnahmen die Entwicklung von Kontakten zwischen den Vertretern der antisozialistischen Gruppen wirksam unterbinden können. Solche Beispiele sind den sowjetischen, tschechoslowakischen, ungarischen, bulgarischen und deutschen Genossen bekannt.

Unsere Erkenntnisse besagen, daß die Kontakte und Versuche des gemeinsamen Vorgehens seitens dieser Gruppen unseren Möglichkeiten entsprechend schnell verhindert werden müssen. Umfassend gilt es, die operativen Kräfte und Mittel zur Aufdeckung der Kanäle, über die die antisozialistischen Gruppen zu den antikommunistischen Zentralen im kapitalistischen Ausland ihre Verbindungen unterhalten, einzusetzen.

Werte Genossen!

In Anbetracht der Tatsache, daß unser Referat vor sechs Wochen ausgearbeitet wurde, möchte ich es zum Abschluß noch durch einige unserer Ansicht nach Ihre Aufmerksamkeit verdienende Informationen ergänzen:

- Uns liegen Informationen vor, daß die Delegation der Italienischen Sozialistischen Partei während der Tagung der Sozialistischen Internationale in Wien vom 5. - 7. Februar d.J. ein von J. Pelikan ausgearbeitetes Dokument vorgelegt hat, das sich mit der Einschätzung der Lage der "Dissidenten"gruppierungen in der UdSSR und den anderen

sozialistischen Staaten befaßt.

In diesem Dokument wird der Hauptakzent auf die Erläuterung des chinesischen Vorschlags zur Herstellung engerer politischer Beziehungen zu den Linksparteien in den EWG-Staaten gelegt, den man Pelikan während seines Besuchs in Peking unterbreitet hatte.

Nach Einschätzung Pelikans verfolgt die chinesische Initiative das Ziel, eine gemeinsame antisowjetische Front zu schaffen und die internationale kommunistische Bewegung zu polarisieren. China beabsichtigt, die "Dissidenten"bewegung in der UdSSR und den anderen sozialistischen Staaten zu fördern und zu unterstützen mit dem Ziel, eine breite innere Opposition mit antisowjetischer Ausrichtung zu schaffen.

- In letzter Zeit beobachten wir ein verstärktes Interesse des Vatikan an einer Annäherung an die islamische Welt. Der Vatikan sieht darin nicht nur eine Möglichkeit zur Vereinigung, sondern auch zur Erweiterung der ideologischen Front gegen den Atheismus, so auch gegen den Marxismus. Diese Konzeption stimmt voll und ganz mit der bekannten Äußerung des marokkanischen Königs Hassan überein, daß das Bündnis des Islam und Christentums die westliche Welt rettet.

Werte Genossen!

Im Namen des Mitglieds des Politbüros des ZK der PVAP und Ministers des Innern der VRP, Divisionsgeneral Stanislaw Kowalczyk, sowie im Namen des gesamten Apparates der Staatssicherheitsorgane des MdI der VRP übermittle ich allen an dieser Beratung teilnehmenden Delegationen die herzlichsten Grüße.

Den Gastgebern danke ich herzlich für die Einladung, die Gastfreundschaft und die ausgezeichnete Organisation unseres Treffens.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Übers.: *P. Weiss, H. K.*

1 Ex.